

Kleine Anfrage 2754

des Abgeordneten Peter Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

an die Landesregierung

Rechte und Pflichten eines Abgeordneten

Im Land Brandenburg engagieren sich Tausende gewählte Mitglieder in kommunalen Vertretungen. Diese ehrenamtliche Tätigkeit lässt sich aber nicht immer außerhalb der Arbeitszeit einrichten und führt daher oft zu Konflikten mit dem Arbeitgeber, auch können durch Nichtanwesenheit wichtige Entscheidungen beeinflusst werden. Nun ist die Ausübung dieses kommunalen Engagements in § 30 Abs. 2 BbgKVerf theoretisch klar geregelt, die Praxis sieht oft jedoch anders aus. Trotz der bestehenden Gesetzeslage bedarf es einiger administrativer Klarstellungen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Kann der Gemeindevertreter sein Recht auf Freistellung gemäß § 30 Abs. 2 BbgKVerf gegenüber seinem Arbeitgeber nur auf dem Klagewege durchsetzen?
2. Hat der Gemeindevertreter einen Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz in der Nähe seines Wohnortes (im Falle wechselnder Arbeitsstätten) zumindest an Sitzungstagen, sodass er an den Sitzungen teilnehmen kann?
3. Kann vor Durchführung der Klage gem. Pkt. 1 eine Landesbehörde bei entsprechender Information auf den Arbeitgeber einwirken, dass er die Freistellung genehmigt? Wenn ja, mit welchen Mitteln?
4. Sind Beschlüsse auch gültig, wenn durch die Anwesenheit des verhinderten Gemeindevertreters ein anderes Abstimmungsergebnis mit großer Wahrscheinlichkeit eingetreten wäre?
5. Falls Nein, wären dann Abstimmungen mit großer Tragweite bei Anwesenheit des vorher verhinderten Gemeindevertreters wiederholbar?
6. Der Gemeindevertreter hat auch eine Pflicht zur Sitzungsteilnahme. Sein regelmäßiges Fernbleiben stellt somit eine Pflichtverletzung dar. Können dazu Ordnungsmaßnahmen ergriffen werden? Wenn Ja, in welcher Art und durch wen?